

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

die aktuelle Aufrüstung Deutschlands stellt den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften vor eine besondere Verantwortung. Innerhalb der Gewerkschaften gibt es verschiedenste Meinungen und Diskussionen. Während in Politik und Medien immer häufiger von militärischer Stärke und Verteidigungsfähigkeit die Rede ist, dürfen wir nicht vergessen, welche Gefahren mit einer erstarkenden Rüstungsindustrie verbunden sind. Die Waffenproduktion ist kein nachhaltiges Wirtschaftsmodell – sie basiert auf Unsicherheit, Konflikten und letztlich dem Geschäft mit dem Tod.

Die Rüstungsindustrie hat ein ureigenes Interesse daran, dass Spannungen bestehen bleiben oder eskalieren. Sie profitiert von Kriegen, während es die einfachen Menschen sind, die den höchsten Preis zahlen: Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, die arme und die mittlere Schicht einer Gesellschaft. Diejenigen, die über militärische Einsätze entscheiden, sitzen in Sicherheit, während junge Soldatinnen und Soldaten ihr Leben verlieren. Deshalb muss es oberste Priorität bleiben, friedliche Lösungen für Konflikte zu suchen und den Krieg als Mittel der Politik zu verhindern.

Gewerkschaften dürfen nicht in den Chor derjenigen einstimmen, die steigende Militärausgaben als wirtschaftlichen Segen betrachten. Der Staat investiert Hunderte Milliarden in Rüstung, während in zentralen und lebensnotwendigen Bereichen der Gesellschaft das Geld fehlt: Auch in Würzburg spüren wir die Folgen: Der soziale Wohnungsbau stagniert, Schulen und Krankenhäuser sind unterfinanziert und die Verkehrsinfrastruktur wurden jahrzehntelang kaputtgespart und muss dringend saniert werden.

Natürlich muss auch die Bundeswehr gut ausgestattet sein, doch blindes Aufrüsten bringt den Soldatinnen und Soldaten keine Sicherheit. Russland hat sich mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine für den Rückfall in die militärische Konfrontation entschieden und es droht die Aufteilung der Welt in die Machtblöcke: USA, China und Russland. Diese Logik muss durchbrochen werden.

Bedenklich ist aktuell in Deutschland der wachsende Einfluss des Militärs auf unsere Gesellschaft. Junge Menschen wachsen zunehmend mit einem soldatischen Ideal auf, das Kriegsbereitschaft als Tugend darstellt. In Schulen hat Werbung für das Militär keinen Platz. Bildungseinrichtungen sollten Orte der Reflexion und des Friedens sein, nicht der Rekrutierung für potenzielle Kriege.

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist das im Juli 2024 vom Bayerischen Landtag verabschiedete „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“. Dieses Gesetz verpflichtet Schulen und Hochschulen zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und schränkt damit die Wissenschafts- und Gewissensfreiheit ein. Die GEW Bayern hat gemeinsam mit der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen eine Popularklage gegen dieses Gesetz eingereicht. Aus Würzburg unterstützt der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Würzburg die Klage. Diese Militarisierung des Bildungsbereichs betrifft uns auch hier in Würzburg direkt – an unseren Schulen, an unserer Universität. Wir als Gewerkschaften unterstützen den Widerstand gegen dieses Gesetz.

Gewerkschaften müssen deshalb ihre historische Rolle als Stimme für Frieden und soziale Gerechtigkeit ernst nehmen. Wir wünschen uns eine friedliche Welt die nicht durch Aufrüstung, sondern durch soziale Sicherheit, gerechte Arbeitsbedingungen und eine Wirtschaft, die nicht auf Zerstörung, sondern auf nachhaltigem Fortschritt basiert.

Unser besonderer Dank gilt heute den Organisatorinnen und Organisatoren des Würzburger Ostermarsches. Seit Jahren leisten sie unermüdliche Arbeit für den Frieden, erinnern uns an unsere Verantwortung und sorgen dafür, dass die Stimme der Friedensbewegung gehört wird.

Lasst uns gemeinsam für eine friedliche und soziale Zukunft eintreten – hier in Würzburg und überall.